

1. Tagung 7. Kreisparteitag

7. März 2020, Rostock

Einreicher: Kreisvorstand

Beschluss:

Der Kreisverband DIE LINKE. Hansestadt Rostock schließt eine Zusammenarbeit mit der AfD in jeder Form aus und setzt sich dafür ein, dass auch andere Parteien/Wählervereinigungen sich in diesem Sinne verhalten. Dieses Kooperationsverbot gilt für alle Gremien und Gliederungen des Kreisverbandes sowie für die Bürgerschaftsfraktion und alle von uns entsandten Mitglieder der Ortsbeiräte und anderer städtischer Gremien. Wir lehnen grundsätzlich alle Anträge und Wahlvorschläge der AfD ab.

Begründung:

Nicht zuletzt die Vorgänge in Thüringen belegen, dass die AfD eine Strategie verfolgt, die demokratischen Institutionen lächerlich zu machen und ihre Legitimation in der Bevölkerung zu untergraben, sowie diese Institutionen als Plattform für ihre menschenverachtende Propaganda zu missbrauchen.

Die AfD ist eine heterogene Partei. Bei weitem nicht alle ihre Vertreter sind Extremisten. Einige versuchen durchaus inhaltliche Angebote zu machen und stehen etwa mit sozialpolitischen Forderungen auch in Konkurrenz zu unserer Partei. Davon dürfen wir uns nicht blenden lassen und müssen darüber aufklären, dass der Höcke-Flügel der AfD eine völkische und ausgrenzende Sozialpolitik verfolgt, die einen demagogischen Charakter besitzt. Wenn Menschen sagen, es sei nicht demokratisch, die AfD auszugrenzen, sagen wir, dass es sehr demokratisch ist, die Feinde der Demokratie zu bekämpfen. Wer Mitglied der AfD ist, ist Teil einer Organisation, die unsere Demokratie zerstören will. Es ist unsere Pflicht als Demokraten, hiergegen Widerstand zu leisten im Geiste des Artikels 20 des Grundgesetzes: „Gegen

jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

Seit ihrer Gründung im Jahr 2013 befindet sich die AfD in einem Prozess zunehmender Radikalisierung. Gemäßigtere Vertreter, wie es etwa Lucke, Henkel oder Petry waren, wurden und werden systematisch aus verantwortlichen Positionen oder sogar aus der Partei gedrängt und zunehmend durch rechtspopulistische bis rechtsextreme Vertreter ersetzt. Wir erkennen zwar die innere Heterogenität der AfD durchaus an und möchten auch nicht behaupten, dass alle Mitglieder der AfD Rechtsextreme sind, allerdings wählen sie konsequent auf allen Ebenen Rechtsextreme in verantwortliche Positionen, statt sich von ihnen zu distanzieren. Als Beispiele seien hier Björn Höcke, André Poggenburg, Andreas Kalbitz, Beatrix von Storch oder etwa Holger Arppe mit ihren menschenverachtenden Äußerungen genannt. Der sog. „Flügel“, der die Geschicke der AfD mittlerweile maßgeblich beeinflusst, ist inhaltlich durch nichts von der NPD zu unterscheiden. Die Liste der Provokationen und Tabubrüche ist mittlerweile zu lang, um sie umfassend darzustellen, aber mit Äußerungen wie zum „Mahnmal der Schande“, der Forderung einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“, der Forderung stolz sein zu dürfen auf „die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“, oder die erschreckenden Einblicke in interne Chatprotokolle von Holger Arppe, zeigt die AfD immer wieder, wo sie steht: weit abseits der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Weitere Versuche die AfD zu „demaskieren“ und sie inhaltlich zu stellen, werden nicht erfolgreich sein, da es nichts mehr zu demaskieren oder zu stellen gibt.

In Zeiten einer neuen Qualität des Rechtsterrorismus, wie man ihn etwa in Halle, beim Mord an Walter Lübke, den Todeslisten der Gruppe Nordkreuz oder aktuell in Hanau beobachten kann, schafft oder will die AfD es nicht, sich dagegen zu positionieren. Vielmehr ist sie mit ihrem Beitrag zur Verrohung des politischen Diskurses ein ideologischer Wegbereiter für diese Taten und auch ihre Verbindungen in die rechtsextreme Szene, allen voran zur Identitären Bewegung sollen nicht unerwähnt bleiben. Auch ihr Agieren in Thüringen zeigt, wie wenig sie von den demokratischen Institutionen hält, die sie immer wieder versucht verächtlich zu machen. An konstruktiver Arbeit ist sie nicht interessiert.

Für uns als demokratische und antifaschistische Partei ist klar: mit den Feinden der Demokratie kann es keine Zusammenarbeit oder auch nur eine Tolerierung geben.